

Einsicht und Empörung.
Zur Bedeutung von Moral für politische
Protestbewegungen

Helmut Heit

Ende der sechziger Jahre haben sich in vielen Weltgegenden fundamentale soziale, politische und kulturelle Erschütterungen ereignet, die in den meisten Fällen von außerparlamentarischen Akteurinnen und Akteuren initiiert wurden. In Deutschland gilt die »68er-Bewegung«, auch wenn sie in ihren Wirkungen umstritten ist, als paradigmatischer Ausdruck politischen Protests. In der Tat lohnt es sich, den Blick auf diese Zeit zu richten, da darin wie in einem Brennglas verschiedene Aspekte politischer Protestbewegungen zusammengeführt werden. Ich möchte daher ausgehend von den Erfahrungen dieser Zeit einige allgemeinere Überlegungen zur politischen Moral von Protestbewegung anstellen, die mir heute wichtig erscheinen. Dazu werde ich in zwei Schritten vorgehen. Zuerst werde ich, sehr schlaglichtartig, einige Aspekte der späten sechziger Jahre in Erinnerung rufen. Hierbei ist auch das Ikonographische der Protestbewegung zu berücksichtigen, wie ich insbesondere an den Ereignissen des 2. Juni 1967 und seinen Folgen deutlich machen werde. In einem zweiten, eher philosophischen Schritt, werde ich Fragen der politischen Moral ins Zentrum rücken. Meine These wird dabei sein, dass die Aktualität der 68er-Bewegung insbesondere in einer bestimmten moralischen Sensibilität zu sehen ist, die grundlegend für eine Verbesserung der menschlichen Lebensverhältnisse war und ist. Dabei versuche ich zu zeigen, dass politische Protestbewegungen nicht per se als selbstgerechte Agenten einer höheren Moral zu verstehen sind, sondern als Menschen, die die ideologischen Versprechen einer freien und demokratischen Gesellschaft ernst nehmen und deren unzureichende Realität erkennen und kritisieren. In dieser Verbindung von Einsicht und Empörung ist ein wichtiges Potential für jegliche emanzipatorische politische Praxis zu sehen.



Abbildung 1: Der sterbende Benno Ohnesorg

Probleme politischer Ikonographie und Propaganda

1

Ich gehe davon aus, dass die meisten Leserinnen und Leser dieses Bild bereits kennen. Es wurde von Jürgen Henschel am 2. Juni 1967 um etwa 20.30 Uhr in einem Häuserinnenhof in der Krumme Strasse 66/67, ganz in der Nähe der Deutschen Oper in Berlin aufgenommen. Es zeigt den im Sterben liegenden Benno Ohnesorg und, über ihn gebeugt, Friedericke Hausmann, geborene Dollinger. Das Foto wurde zu einer Ikone der 68er-Bewegung. Als erstes fällt mit Blick auf dieses Bild das ikonographische der 68er-Bewegung auf: Es gibt eine Reihe von Ikonen, die heute mit dem Datum »68« verbunden werden; vor allem aus der nachgeborenen Perspektive assoziiert man »1968« mit einer Reihe von Bildern: Die Erschießung eines Vietkong-Kämpfers durch den Polizeichef von Saigon. Die erhobenen Fäuste und gesenkten Gesichter der schwarzen Olympiasieger Tommie Smith

und John Carlos in Mexiko. Das Transparent »Unter den Talaren, Muff von tausend Jahren« in der Hamburger Universität. Der Prager Demonstrant mit entblößter Brust vor dem sowjetischen Panzer, usw. In diesen Bildern konzentrieren sich symbolisch überformt die Konfliktlinien dieser Zeit, sie verweisen auf verschiedene Aspekte der »68er«, ohne diese umfassend zu erzählen.¹ Im Bild vereint sich der Eindruck unvermittelter Authentizität mit isolierender, oft auch übertreibender Vereinfachung. Das auf den Bildern Gezeigte reduziert die vielfältige, zumeist komplizierte Vor- und Nachgeschichte auf eine ikonographische Zuspitzung. Die Zahl »1968« ist selbst so eine Ikone, eine irreführende zudem, wie sich auch durch das Bild des sterbenden Ohnesorg im Juni 1967 (sic!) verdeutlichen lässt.

Der Schriftsteller Uwe Timm, ein Braunschweiger Schulfreund Ohnesorgs, schreibt über Henschels berühmte Aufnahme: »Dieses Foto hat, wie nur Bilder es vermögen, Empörung erzeugt.«² Wenn man das Bild ansieht, teilt man unmittelbar den Impuls, der auch in der Haltung von Friederike Hausmann zum Ausdruck kommt. Es ist nicht richtig, dass ein junger Mann erschossen am Boden liegt, das sollte nicht sein. Das Bild löst so eine unvermittelte moralisch durchtränkte emotionale Reaktion aus und in dieser suggestiven Kraft liegt sowohl die Stärke wie auch die Gefahr von derartigen Bildern. Dies gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass Bilder, auch die Fernsehbilder z. B. über den Krieg in Vietnam, für die Protestbewegung eine wichtige Rolle gespielt haben. Im Verlauf der sechziger Jahre etabliert sich das Fernsehen als internationales Massenmedium und zeigt das Elend dieser Welt direkt in deutschen Wohnzimmer. Die 68er-Bewegung ist nicht zuletzt ein frühes Resultat einer globalisierten, bildgesättigten Berichterstattung in Echtzeit. Seither ist jede politische Bewegung in vielfältigen Formen von den problematischen Strukturen der Medien abhängig, auch wenn es sich um

1. An anderer Stelle habe ich diese verschiedenen Facetten auf ihre normative Dimension hin untersucht. Vgl. Helmut Heit: »Rebellion ist berechtigt. Zur politischen Moral der 68er«, in: Silke Bartmann u. a.: *Kollektives Handeln*, Düsseldorf 2002, S. 239–264. Eine umfassende kommentierte Literaturübersicht zu 1968 liefert Manfred Lauer: »Vierzig Jahre 1968. Ein Literaturüberblick« in: *Berliner Debatte Initial*, 2009, Vol. 20/1, S. 111–149.

2. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 30. 05. 2007; vgl. auch Uwe Timm: *Der Freund und der Fremde*, Köln 2005.

alternative Medien handelt. Nur wenn es sich herumspricht, wenn es auch als Medienereignis präsent ist, kann aus Unrecht Mobilisierung und aus Protest politischer Widerstand werden. Dies führt politische Akteure nicht selten in die ambivalente Situation, die Aufmerksamkeit der Medien erwecken zu müssen und Werbung für die gute Sache zu machen. Horkheimer und Adorno haben aus guten Gründen auf das Selbstwidersprüchliche eines solchen Unternehmens verwiesen:

»Propaganda für die Änderung der Welt, welch ein Unsinn. Propaganda macht aus der Sprache ein Instrument, einen Hebel, eine Maschine. (...) Noch die Wahrheit wird ihr ein bloßes Mittel, zum Zweck Anhänger zu gewinnen, sie fälscht sie schon, indem sie sie in den Mund nimmt.«³

Zugleich lässt sich schwerlich bestreiten, dass die Wahrheit nicht in klugen Köpfen und Büchern verborgen bleiben darf – sie muss öffentlich werden. Es scheint, dass die Gefahr einer Instrumentalisierung der Wahrheit von einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit für die gute Sache wohl unabtrennbar bleibt, der Selbstwiderspruch wird nicht aufgelöst. Diese Spannung findet sich auch zwischen den Begriffen »Einsicht« und »Empörung« wider. Insofern verweist das Ikonographische und sogar das medial Inszenierte der Protestbewegung auf einen wichtigen und heute mehr denn je relevanten Aspekt emanzipatorischer politischer Praxis. Möglicherweise eröffnen die neuen, interaktiven Medien mehr Spielräume für deliberative Publikationsformen als die klassischen Monosender-Multiempfänger, aber wie man sieht, kommen auch die mailinglisten von *attac* ohne Simplifizierungen und symbolische Politik nicht aus. Ich widerspreche der Einsicht Horkheimers und Adornos also nicht, aber halte es doch für unausweichlich, diese Spannung zu ertragen, statt sie durch den Verzicht auf Bilder oder Symbole zu lösen, obwohl diese immer auch simplifizieren. Das Foto des sterbenden Benno Ohnesorg

3. Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (1944/47), in: *Max Horkheimer: Gesammelte Schriften*, hrsg. v. Gunzelin Schmid-Noerr, Frankfurt am Main 1987, Bd. 5, S. 287.

vermag, eine politisch relevante Reaktion hervorzurufen. In dieser Reaktion verbindet sich die erkennende Wahrnehmung fremden Leids mit dem unmittelbaren Wunsch, Leiden abzuschaffen. In dieser Verbindung kann politische Dynamik liegen; ich komme darauf im Zusammenhang mit der Moralphilosophie Adornos, nach der nun folgenden historischen Orientierung, noch einmal zurück.

Der 2. Juni 1967

2

Zwar sagt ein Bild mehr als tausend Worte, aber zugleich auch viel weniger, zumindest zu wenig bestimmtes. Deshalb möchte ich kurz ein paar Sachen in Erinnerung rufen, die im Zusammenhang mit dem hier Abgebildeten stehen. Benno Ohnesorg wurde am 15. Oktober 1940 in Hannover geboren, hat in Braunschweig auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur gemacht und dann, 1964, in Berlin ein Studium der Romanistik aufgenommen. Im April 1967 heiratete er seine bereits schwangere Frau Christa. Am 1. Juni 1967 besucht Ohnesorg eine Vortragveranstaltung mit dem Exilperser Bahman Nirumand über die Zustände im Iran unter der Herrschaft des Schahs. So vorgebildet beschließt er, am Folgetag an den Demonstrationen gegen den Besuch des Diktators teilzunehmen. Es ist also nicht Langeweile oder Lust an Krawall, sondern die informierte Überzeugung, man bräuchte die Autokraten eines Unrechts-Regimes nicht unbedingt im östlichsten Grenzpunkt des freien Westens zu hofieren. Selbst der seinerzeit regierende Bürgermeister Berlins hätte diesen Tyrannen lieber nicht empfangen müssen.⁴ Ich stelle mir vor, niemand wäre heute begeistert, wenn die Bundesregierung Robert Mugabe oder Mahmoud Ahmadinejad als Staatsgast in allen Ehren empfangen würde.

Sowohl tagsüber vorm Schöneberger Rathaus als auch abends vor der Deutschen Oper kommt es zunächst durch 100 bis 150 sogenannte »Jubelperser« zu massiven Übergriffen mit Holzlatten und Stahlrohren gegen die Demonstranten, die zunächst nichts weiter als Parolen skandiert hatten. Die Polizei schaut dieser Gewalt tatenlos zu.

4. Vgl. Uwe Soukup: *Wie starb Benno Ohnesorg*. Der 2. Juni 1967, Berlin 2007, S. 11 f.

Abends vor der Oper wendet sie selbst, nach dem freien Abzug der Perser, die vom Polizeipräsidenten Duensing sogenannte Leberwurst-Taktik an: »Nehmen wir die Demonstranten wie eine Leberwurst, nicht wahr, dann müssen wir in die Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinander platzt«. Eine große Zahl von Gegnern der persischen Diktatur und Unbeteiligten wird stundenlang vor der Deutschen Oper eingekesselt und ohne ersichtlichen polizeistrategischen Grund – wenn man einmal von einer gezielten Provokation absieht – am Heimweg gehindert. Diejenigen Demonstranten, die sich in Seitenstrassen flüchten können, werden zum Objekt der sogenannten »Fuchsjagd«, z. T. durch Zivilfahnder wie den geübten Schützen und Waffenfetischisten Karl-Heinz Kurras. Etwa gegen 21.00 Uhr wird Ohnesorg tot ins Moabiter Krankenhaus eingeliefert.

Berlins regierender Bürgermeister Albertz rechnete zunächst den Toten und die Verletzten ausschließlich den Demonstranten als Schuld an und stellt sich hinter die Polizei. Am Abend gab er im Fernsehen ein Demonstrationsverbot bekannt und kündigte Schnellgerichte an. Dann musste er noch den Schah zum Flugzeug bringen. »Ich fragte ihn«, schrieb Albertz später, »ob er von dem Toten gehört habe. Ja, das solle mich nicht beeindrucken, das geschehe im Iran jeden Tag«, habe der Schah geantwortet.⁵ Später bereute Albertz sein damaliges Verhalten: »Ich war am schwächsten, wenn ich am härtesten gehandelt habe, am Abend des 2. Juni, weil an diesem Tag habe ich mich objektiv falsch verhalten.«⁶ Schließlich ist die Bundesrepublik auch am 2. Juni 1967 kein persisches Kaiserreich. Die Polizei nahm die Verletzung und ggf. auch den Tod friedlicher Demonstranten an diesem Tag billigend in Kauf, kein Zweifel, allem Anschein nach hat sie zumindest ersteres sogar nachdrücklich provoziert. Aber die Bundesrepublik ist kein Land, in dem so etwas jeden Tag geschieht und zugleich die politischen Eliten nicht beeindruckt. Allerdings darf man auch nicht vergessen, dass nicht wenige Vertreter dieser politischen Eliten der sechziger Jahre ihre Karriere in einem Terrorregime begonnen haben, dass den Iran Reza Pahlavis an Menschenverachtung weit in den Schatten stellt.

5. Zitiert nach: Gretchen Dutschke: *Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben*, Köln 1996, S. 131.

6. Ebd., S. 152.

Die Erschießung Benno Ohnesorgs hat eine beachtliche Wirkung entfaltet, die nicht zuletzt eine ikonographische Dimension hat. Aus einer nachträglichen, nüchtern- analytischen Perspektive gibt es keinen Zweifel mehr, dass am 2. Juni 1967 einiges gründlich schief gelaufen ist; kein ernstzunehmender Mensch bestreitet das heute. Schon im Juni 1967 konnte man bei einer aufmerksamen Lektüre der seriösen Medien ohne großen Forschungsaufwand zu dieser Einschätzung kommen. Dennoch ist dieser Fall allzu selten eingetreten, denn die Einsicht in Sachverhalte macht nur den kleineren Teil einer politischen Einschätzung aus. Aufgrund ihrer moralischen Orientierungen kommen die Zeitgenossen und auch die Nachgeborenen zu massiven Differenzen in der Bewertung dieses Datums und seiner Folgen als politischem Phänomen. In den unmittelbaren Folgetagen haben die meisten Berliner Bürger in ihrer Bewunderung des Schahs als schillernder, Autoritätsperson nicht nachgelassen und auch für den toten Ohnesorg wenig Mitgefühl entwickelt. Am 3. Juni war in der *Bild*-Zeitung unter der Überschrift: »Blutige Krawalle: 1 Toter« ohne eine Andeutung auf den Sachverhalt, dass der Tote von einem Polizisten erschossen worden war, zu lesen: »Hier hören der Spaß und der Kompromiss und die demokratische Toleranz auf. Wir haben etwas gegen SA-Methoden.« Gretchen Dutschke erinnert sich an die frustrierte Reaktion auf diese Lektüre: »Sie drehen alles um, die totale Lüge. Wer hat denn die SA-Methoden?« fragte Rudi. Diese Wut, diese ohnmächtige Wut auf einen Staat der tötete, und eine Presse, die log«. ⁷ In der *Berliner Zeitung* sah man am selben Tag das Foto einer nachweislich durch Polizeiknüppel verletzten Studentin, die von Polizisten abgeführt wird, verbunden mit der Bildunterschrift: »Eine blutüberströmte Frau wird in Sicherheit gebracht.« ⁸ Die *Berliner Morgenpost* schreibt am 4. Juni: »Die Polizei tat ihre schwere Pflicht. Der unglückliche Schuss, der Ohnesorg tötete, wurde nach menschlichem Ermessen in Notwehr abgegeben. Benno Ohnesorg ist nicht der Märtyrer der FU-Chinesen, sondern ihr Opfer.« ⁹

Nicht nur die Springer-Presse, auch viele Berliner Bürger hatten mit der Erschießung eines Demonstranten das kleinere Problem.

7. Dutschke: *Schönes Leben*, a. a. O. (Fn. 4), S. 130.

8. Vgl. Soukup: *Benno Ohnesorg*, a. a. O. (Fn. 3), S. 156.

9. Ebd., S. 157.

Im Anschluss an den 2. Juni gehen eine Reihe sehr aufschlussreiche Briefe beim AStA der FU Berlin ein, die 1968 im *Kursbuch* veröffentlicht wurden. Sie spiegeln die Differenzen in der politischen Moral zwischen vielen Studentinnen und Studenten und der Mehrheit der Berliner Bürgerschaft sehr anschaulich. So schreibt ein anonymes Berliner, die Verunglimpfung des Schahs zeige »dass ihre Schöpfer politische Wirrköpfe, unreif und bewusst undemokratisch sind und erst recht kein Nationalgefühl haben«. Dennoch glaubt der Autor, dass die Mehrheit der Studenten »vernünftig« ist und hofft, dass auch die anderen »wieder vernünftig werden, wie es sich für reife und strebsame Schüler gehört. Nämlich höflich, bescheiden, strebsam, Achtung vor dem Alter, dem Arbeiter und dem anderen Geschlecht gegenüber. Wenn sie diese Normen erfüllen, können sie auf die Sympathie der Berliner rechnen. Doch zur Zeit sollten sie leise treten und sich zurückhalten, sie haben viel gutzumachen. Wie kleine ungezogene Kinder haben sie sich benommen, deshalb wurden sie gezüchtigt.« ¹⁰ Die Erschießung eines Demonstranten als angemessene Züchtigung eines unbescheidenen Schülers zu charakterisieren, stellt die heute üblichen Vorstellungen von Verhältnismäßigkeit weit ins Abseits. Es gilt als besser, ein strebsamer und bescheidener Bürger zu sein, als den Staatsempfang eines Diktators öffentlich zu verurteilen. Wer es dennoch tut, hat offenbar eine schlechte Erziehung genossen und muss für die Folgen selbst aufkommen. Wie nahe hier das obrigkeitsstaatliche Verlangen nach Ruhe und Ordnung mit der Bereitschaft, extreme Gewaltanwendung zu billigen, verbunden ist, wird auch an dem folgenden Briefausschnitt deutlich. »Solche, die sich an Krawallen beteiligen, riskieren eben geschlagen, getreten und evtl. getötet zu werden, und das ist völlig rechtens!« ¹¹ Was uns in diesem verqueren Moral- und Rechtsverständnis begegnet, sind die als preußische Sekundärtugenden bezeichneten Werte. Man kann hinsichtlich dieser Werte sicher geteilter Meinung sein, aber dass die Autoren dieser Briefe gedanklich und emotional noch nicht in einem demokratischen Rechtsstaat angekommen sind, scheint doch offensichtlich.

10. In: *Kursbuch*, 1968, Vol. 12, S. 1.

11. Ebd., S. 151.

Aber nicht nur Teile der Presse oder der Bevölkerung tun sich schwer mit dem verfassungsmäßigen Selbstverständnis der BRD. Mit Blick auf den Rücktritt der Regierung Albertz, sowie auf eine Zurücknahme von Fahrpreiserhöhungen in Bremen nach erheblichen öffentlichen Protesten bemerkt der Bundestagsabgeordnete Dr. Richard Jaeger (CSU): »Wir haben erschreckende Erschütterungen der Staatsautorität erlebt, als eine Landesregierung wegen der Studentenunruhen zurückgetreten ist, eine andere vor dem Druck der Straße kapituliert hat.«¹² Man sah in den Aktivitäten der protestierenden Jugend, die zu diesem Zeitpunkt von terroristischen Gewaltakten noch weit entfernt war, einen gefährlichen »Angriff auf die Substanz unserer Gesellschaftsordnung. Ziele dieses Angriffs sind dabei vorwiegend alle Grundlagen der Autorität, ob diese nun personeller oder sachlicher Natur seien.«¹³ In diesen Bemerkungen kommt ein problematisches Verständnis der grundlegenden legitimierenden Bedingung demokratischer Herrschaft zum Ausdruck. Diese Politiker bejahen Autorität um ihrer selbst willen, und es ist fraglich, ob sie damit noch auf dem ideologischen Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Wenn etwa der Berliner CDU-Fraktionschef Franz Amrehm sagt, »Die Existenz der demokratischen Ordnung hängt davon ab, ob es gelingt, den zerstörerischen Umtrieben an den Universitäten und auf der Straße ein Ende zu bereiten oder nicht«,¹⁴ so ist diese Einschätzung nicht nur maßlos übertrieben, sie zeugt auch von grundlegenden Missverständnissen hinsichtlich der Existenzbedingungen einer demokratischen Ordnung. Die Existenz der demokratischen Ordnung hängt vielmehr davon ab, inwieweit es gelingt, die Ziele und Interessen aller Bevölkerungsgruppen in einem vernünftigen Kommunikationsprozess zu vermitteln. Hier gab die Auseinandersetzung der politisch und administrativ zuständigen Personen mit den Ereignissen des 2. Juni eher Anlass zu weiterer Empörung.

Im Anschluss an den 2. Juni 1967 nahm sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss der Ereignisse vor der Deutschen Oper an.

12. Zitiert nach Hans-Joachim Winkler: *Das Establishment antwortet der Apo*, Opladen 1968, S. 13.

13. Karl Heinz Schmidt (CDU), zitiert nach ebd., S. 37.

14. Zitiert nach ebd., S. 16.

Dieser Untersuchungsausschuss konnte erstaunlich viele Dinge nicht klären: Woher z. B. die über 100 Jubelperser kamen, die am Morgen mit Sondermaschinen nach Berlin eingeflogen waren. Sie waren zu einem großen Teil Mitglieder des persischen Geheimdienstes. Es bleibt offiziell unklar, warum sie zwischen der Polizeisperre und den Demonstranten standen und warum sie vormittags und abends jeweils für fast 30 Minuten ungehindert auf die Demonstranten einschlagen konnten, ohne dass die Polizei eingegriffen hat. Heinz Grossmann spottete am 30. Juni 1967 in der *Zeit*: »Vor dem Schöneberger Rathaus und der Deutschen Oper haben sich diese bewaffneten Perser wiederholt gegen die unbewaffneten Demonstranten wenden können; die Westberliner Polizei schaute zu. Man wird sich daran zu gewöhnen haben, dass der Geheimpolizei irgendeines demokratischen Mutterlandes – Persiens, Spaniens oder Griechenlands – bei uns die Funktion einer Hilfspolizei zugebilligt wird.«¹⁵ Unklar blieb, warum man schon nachmittags im Westend-Krankenhaus vorausschauend Betten freimachen ließ,¹⁶ oder aus welchen Gründen unter den Polizisten kurz vor dem Einsatz die Falschmeldung verbreitet wurde, einer ihrer Kollegen sei gerade erstochen worden.¹⁷ Der *Tagespiegel* schrieb bereits am 6. Juni 1967: »Selbst wenn das gestimmt hätte, wäre die Bekanntgabe psychologisch äußerst bedenklich gewesen, weil eine solche Durchsage die Polizisten hätte aufputschen müssen.«¹⁸ Nachdem die Beamten jedenfalls durch die falsche Lautsprecherdurchsage in Aufruhr versetzt waren, gab es auch bald für die Krankenhausbetten eine entsprechende Nachfrage.

Auch die Umstände der tödlichen Schüsse wurden von den zuständigen Stellen nicht geklärt; der Berliner Senat erfuhr sogar erst mit deutlicher Verzögerung, dass der Tod überhaupt durch einen Polizeischuss verursacht worden war.¹⁹ Unter welchen Umständen nun Karl-Heinz Kurras tatsächlich in Ohnesorgs Hinterkopf geschossen hat und wer dabei am Boden lag, bleibt offiziell unklar. Nicht geklärt wurde, warum nach Ohnesorgs Einlieferung in Moabit die

15. Zitiert nach Soukup: *Benno Ohnesorg*, a. a. O. (Fn. 3), S. 15.

16. Vgl. ebd., S. 134.

17. Ebd., S. 42 f.

18. Zitiert nach ebd., S. 46.

19. Ebd., S. 160 f.

Einschussstelle aus dem Schädel ausgeschnitten und hinterher wieder zugenäht wurde. Der diensthabende Arzt hat als Todesursache Schädelbruch festgestellt, das fehlende Knochenstück – immerhin Beweismaterial – blieb verschwunden.²⁰ In der *FAZ* beklagte sich daher am 12. Juni 1967 Karl Heinz Bohrer: »wäre der Berliner Rechtsanwalt Horst Mahler nicht (bei der Obduktion) zur Stelle gewesen, so wären die wichtigsten Tatsachen weiterhin der Öffentlichkeit verborgen geblieben. Da war kein Parlamentarier, der Protest erhob. Da war nur eine Verschwörung des Schweigens.«²¹ Diese Verschwörung des Schweigens konnte weder durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuss noch durch die Verhandlungen gegen den Todesschützen ganz durchbrochen werden; dies blieb der exzellenten Studie von Uwe Soukup im Jahre 2007 vorbehalten. Was der Ausschuss klären konnte, war aber immerhin, dass der Polizeieinsatz unverhältnismäßig war. Er empfahl, den zuständigen Einsatzleiter zu entlassen und den Polizeipräsidenten vorzeitig zu pensionieren, und so geschah es dann auch.²² Trotz erheblicher Zweifel an seiner Version der Ereignisse und seiner Unschuld blieb Karl-Heinz Kurras nach mehreren Prozessen straffrei. Er bezieht eine Pension als Kriminaloberkommissar und bereut nichts: Noch 2007 antwortete er auf die Frage, ob der Schuss vielleicht ein Fehler gewesen sei: »Fehler? Ich hätte hinhalten sollen, dass die Fetzen geflogen wären (...). Wer mich angreift, wird vernichtet. Aus. Feierabend. So iss das zu sehen«²³.

Folgen eines politischen Mordes

3

Vor dem Hintergrund der Ereignisse um den 2. Juni 1967 ist es ziemlich abwegig, zu überlegen, ob durch die Enthüllung der Stasi-Mitgliedschaft von Kurras die Geschichte der Protestbewegung umgeschrieben werden muss. Dass *Der Spiegel* die Bundesrepublik »in eine neue Geschichtsdebatte« stürzen sieht, ist publikationsstrategisch

20. Ebd., S. 134 f., 160 f.

21. Zitiert nach ebd. 138.

22. Es ist vielleicht fair darauf hinzuweisen, dass die Berliner Polizei im Jahre 2007 einen Kranz an der Stelle der Erschießung niedergelegt hat.

23. In: *Der Stern*, 1. Dez. 2007.

durchsichtig, aber wenn dort zu lesen ist, Kurras »war nicht etwa ein faschistoider Kopf. Er war Mitglied der SED und Agent der Stasi«,²⁴ so muss man sich doch wundern. Als könne ein autoritärer, faschistoider Charakter nicht ohne weiteres Stasispitzel sein. Sicherlich hätte eine solche Information 1967 der Protestbewegung ein anderes Signal gegeben, sie hätte sie vor jeglicher Idealisierung des Ostens bewahrt, wobei die Haltung zur DDR bei der großen Mehrheit ihrer Wortführer (im Gegensatz zur Medien-Propaganda) ohnehin ablehnend gewesen ist. Aber das problematische und politisch so folgenschwere an der Ermordung Benno Ohnesorgs sind nicht die deprimierenden Abgründe der autoritären und verräterischen Psyche eines mordlustigen Waffennarren, sondern ihr Kontext. Otto Schily sagt dazu, »man darf den Gesamtzusammenhang nicht aus den Augen verlieren. Wer jetzt meint, man müsse die gesamte Geschichte der 68er-Bewegung neu schreiben, der liegt falsch.«²⁵ Erstens ist der Tod Benno Ohnesorgs keine persönliche, sondern eine westdeutsche, politische Angelegenheit: Bundesdeutsche Politiker und nicht die Stasi haben den persischen Diktator eingeladen; bundesdeutsche Beamte und nicht die Stasi haben den Polizeieinsatz geplant, brutal umgesetzt und ihren Kollegen entschieden gedeckt; bundesdeutsche Medien und nicht die Stasi haben in zum Teil verantwortungsloser Weise über die Ereignisse berichtet; bundesdeutsche Behörden und nicht die Stasi haben nur sehr widerwillig an der Aufklärung mitgewirkt. Demgegenüber spricht nichts dafür, dass der Anstoß zu dem tödlichen Schuss aus der DDR kam, ganz im Gegenteil, wie auch die Autoren der ursprünglichen Enthüllung verdeutlichen.²⁶ Zweitens ist auch der deutsche Bezugsrahmen zu eng gewählt. Die Erschießung Benno Ohnesorgs durch einen Westberliner Polizisten – und das war Kurras – ist nicht die Ursache der internationalen Protestbewegung, sondern einer ihrer in Deutschland sehr wichtigen Katalysatoren.

Die für das politische Selbstverständnis des Westens relevante Verbindung zwischen dem 2. Juni 1967 und der DDR liegt vielmehr

24. In: *Der Spiegel*, 22. Mai 2009, S. 42.

25. In: *Der Spiegel*, 22. Mai 2009, S. 46.

26. Helmut Müller-Enbergs, Cornelia Jabs: »Der 2. Juni 1967 und die Staatssicherheit«, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, Vol. 3/2009, S. 395–400.

auf einer ganz anderen Ebene, die später in der Geburtsstadt Benno Ohnesorgs einen beachtlichen symbolischen Ausdruck gefunden hat. Eine Brücke über die Ihme, die seit dem 16. Jahrhundert am Schwarzen Bären Hannover und Linden verbindet, heißt seit 1992 *Benno-Ohnesorg-Brücke*. Bemerkenswerterweise stößt diese Brücke an der Hannoverschen Seite auf das *Peter Fechter Ufer*. Diese Uferpromenade wurde 1978 angelegt und erinnert seit 1983 an Peter Fechter, der 1962 bei einem Fluchtversuch an den Grenzanlagen zwischen Ost- und Westberlin von DDR-Grenzern erschossen wurde. Ich weiß nicht, was die zuständigen Stellen sich bei dieser Verbindung gedacht haben – wenn überhaupt etwas.²⁷ Aber es handelt sich doch um eine interessante Parallelisierung von zwei Opfern staatlicher Gewalt, die den zentralen Punkt der damaligen Wahrnehmung trifft, als nicht nur Günter Grass und Oskar Negt die Erschießung Ohnesorgs als ersten politischen Mord in der BRD auffassten.²⁸ Dass die DDR ein autoritärer Staat war, der seinem eigenen Volk misstrauisch und latent gewaltbereit gegenüberstand, war jedem denkenden Menschen traurige Gewissheit. Dass aber in der freien BRD, in der alle Gewalt vom Volke auszugehen hat, eine verfassungskonforme Meinungsäußerung durch Schläge und Tod bedroht ist, das war ein Skandal. Die Erschießung Benno Ohnesorgs war in der Tat ein politischer Mord, nicht weil Kurras hier im Auftrag der Westberliner Polizei oder der Stasi gehandelt hätte – sicher keines von beidem – sondern weil dieser Schuss durch seinen Kontext und seine Effekte eine politische Bedeutung gewonnen hat. Grosse Ereignisse sind nicht durch sich selbst, sondern durch ihre Wirkungen definiert. Der 2. Juni 1967 symbolisierte die Legitimationskrise der BRD, das Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit in diesem Land.

Eine für die Nachgeschichte der Protestbewegung besonders signifikante Wirkung dieser Legitimationskrise ist auch die falsche moralische Selbstermächtigung von Vereinigungen wie der »Bewegung 2. Juni«, die sich im Januar 1972 zusammenschloss. Einer der Protagonisten begründet die Namenswahl: »Alle wussten, was der

27. Ironie der Geschichte ist wohl, dass an genau dieser Kreuzung heute ein großes Verwaltungsgebäude des Energiekonzerns Eon steht.

28. Jürgen Habermas: *Protestbewegung und Hochschulreform*, Frankfurt am Main 1969, S. 169; Oskar Negt in: *Frankfurter Rundschau*, 12. Juni 1967.

2. Juni bedeutet. (...) Mit diesem Datum im Namen wird immer darauf hingewiesen, dass sie zuerst geschossen haben!²⁹ Das ist wohl wahr. Aber wer das charmante Erinnerungsbuch von Reinders und Fritzsch liest, die oder der sollte keinesfalls versäumen, auch Peter Brückners und Barbara Sichtermanns Studie über *Gewalt und Solidarität. Zur Ermordung Ulrich Schmückers durch Genossen* zu lesen. Ein »Kommando Schwarzer Juni« hatte am 4. Juni 1974 den 22-jährigen Schmücker als »Konterrevolutionär und Verräter« zum Tode verurteilt und »hingerichtet«, weil er im Verhör bei den Bullen nicht dicht gehalten hatte. Seine Leiche wurde am Morgen des 5. Juni im Grunewald gefunden.³⁰ In einer Verteidigung wies man die Kritik anderer Linker an diesem Gewaltakt als »weinerlich« und »moralisch« zurück. Obwohl sogar bis heute strittig ist, ob Schmücker überhaupt Verrat geübt hat, findet sich kein Nachdenken oder gar ein Wort des Bedauerns bei Reinders und Fritzsch.³¹ Schaut man sich die damaligen hochtrabenden Rechtfertigungen für diesen nutzlosen Mord an, so sind sie heute bestenfalls lächerlich. Besonders das eigentümliche Verhältnis zur Moral ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Brückner und Sichtermann schrieben seinerzeit dazu:

»Der ›2. Juni‹ ist nicht die erste linke Gruppe, die ›moralisch‹ im abwertenden Sinne gebraucht. Diese negative Bewertung des Moralbegriffs geht möglicherweise zurück auf die frühen Marx-Engelschen Idealismuskritiken, in denen sozialistische Aufklärer, die durch die Kraft des Wortes, der Überzeugung und des guten Beispiels (letztlich durch Präsentation einer überlegenen *Moral*) die gesellschaftlichen Zustände zu verändern

29. Ralf Reinders, Ronald Fritzsch: *Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebeln, Lorenz-Entführung*, Knast, Berlin 1995, S. 39.

30. Pikanterweise ist auch in diesen Mord ein Geheimdienst verwickelt. Nach einer fast zwanzig Jahre währenden Folge von Prozessen musste das Verfahren gegen die mutmaßlichen Mörder Schmückers schließlich eingestellt werden, da der bundesdeutsche Verfassungsschutz allzu massiv in den Mord verwickelt war und in die Rechtsprechung interveniert hatte. Vieles deutet darauf, dass man auf Seiten des Geheimdienstes die Ermordung Schmückers nicht verhindert, wenn nicht sogar billigend in Kauf genommen hatte. Vgl. Annette Wilmes in: *Die Zeit*, 1. Februar 1991.

31. Reinders, Fritsch: *Bewegung 2. Juni*, S. 57, 173.

hofften, auf die materiellen Grundlagen gesellschaftlicher Konflikte und die Notwendigkeit des Klassenkampfes verwiesen wurden. Nur in diesem Kontext ist Ablehnung bzw. Relativierung von Moral sinnvoll. Dass der Klassenkampf selbst wieder eine *Moral* hat, wird von Marx und Engels nirgends bestritten. Marx' letztes Argument gegen den Kapitalismus ist ein *moralisches*: »Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.«³²

Dies verweist auf eine wichtige Verwirrung im Verhältnis der Terroristen zur Moral. Problematisch ist nicht die prinzipielle Bereitschaft, unter bestimmten Bedingungen Gewalt anzuwenden, sondern die selbstgerechte Ignoranz gegenüber der Frage nach dem Zweck und der Zweckmäßigkeit konkreter Gewalt. Weit entfernt von einer unmoralischen Haltung wird dem etwaigen »Verräter« ein hochnotpeinlicher Prozess gemacht und der Mord als unausweichliches Mittel im Dienst der moralisch guten Sache legitimiert. Hier wird eine spezifische, moralisch gegründete politische Theorie und Praxis zur Abwehr von Kritik verwendet, ohne noch nach der Legitimation des eigenen Handelns und der Angemessenheit der Mittel zu fragen. Die eigene Moral wird totalitär. Diese Gefahr der Selbstermächtigung ist mit politischer Moral immer verbunden.³³ Zugleich ist aber nicht zu vergessen, dass jedes politische Handeln, und damit auch jede politische Protestbewegung, eine moralische Dimension hat und haben muss, auch wenn manche Politiker den Eindruck erwecken möchten, sie würden nur Sachzwänge verwalten.

Fragen der politischen Moral

4

Entscheidend ist also nicht, ob eine politische Handlung Ausdruck moralischer Werthaltungen ist, sondern welcher. Oskar Negt betonte schon 1968 eklatante Unterschiede in den moralischen Orientierungen weiter Teile der Bevölkerung und der außerparlamentarischen

32. Peter Brückner, Barbara Sichtermann: *Gewalt und Solidarität. Zur Ermordung Ulrich Schmückers durch Genossen*, Hannover 1974, S. 84 f.

33. Vgl. den Beitrag von Marcus Havel in diesem Band.

Opposition. Diejenigen, die einen furchtlosen konsequenten Polizeieinsatz gegen die Protestbewegung forderten, verfügten »nur über die dürftigen Rechtfertigungsgründe, die ihnen die deutsche Geschichte überliefert hat. Ordnung, Fleiß, Sauberkeit, Staatsbewusstsein und Opferbereitschaft – Tugenden, die allesamt von den politischen Katastrophen in Deutschland nicht zu trennen sind.«³⁴ Diese Werte werden von den 68ern nicht geteilt oder zumindest für nachrangig erachtet. Die politische Moral der Protestbewegung ist Negt zufolge dadurch charakterisiert, dass sich in ihr unmittelbarer Protest mit einer hohen »Sensibilität für Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt verbindet. Sie ist Moral des politischen Verhaltens, des praktischen Widerstandes, der Leistungsverweigerung; sie ist Moral im eigentlichen Sinne.«³⁵ Auch wenn viele der damaligen 68er vielleicht viel weniger als unser hannöverscher Kollege über Vietnam und Auschwitz empört waren, als vielmehr über autoritäre Chefs, Väter, Lehrer oder Professoren, so ist ihnen doch gemeinsam die Überzeugung, dass die Welt, in der sie leben, unnötiges und empörendes Leiden verursacht und dass ein weitaus größeres Maß an Glück realisiert werden kann und soll. Diese Überzeugung ist genuin moralisch, sie reagiert auf Leiden und wünscht deren Abschaffung. In genau diesem Impuls, in der emphatischen Sensibilität für unnötiges Leiden sah Adorno den Kern der Moralität:

»Moralische Fragen stellen sich bündig, nicht in ihrer widerlichen Parodie, der sexuellen Unterdrückung, sondern in Sätzen wie: Es soll nicht gefoltert werden; es sollen keine Konzentrationslager sein, während all das in Afrika und Asien fortwährt und nur verdrängt wird (...) Wahr sind die Sätze als Impuls, wenn gemeldet wird, irgendwo sei gefoltert worden.«³⁶

Wer einen solchen Impuls verspürt und mit einer Einsicht über die Ursachen des Leidens und der Aussichten ihrer Abschaffung

34. Oskar Negt: »Studentischer Protest – Liberalismus – Linksfaschismus«, in: *Kursbuch* 1968, Vol. 13, S. 181.

35. Ebd., S. 184.

36. Theodor Adorno: *Negative Dialektik*, Frankfurt am Main 1966, S. 281.

verbindet, entwickelt eine Moral, die in ein wie auch immer geartetes Spannungsverhältnis mit der bloßen Wirklichkeit gerät. Ganz in diesem Sinne definierte Rudi Dutschke die theoretische und normative Motivation seiner politischen Arbeit: »Ich denke, dass sich heute (...) derjenige als Revolutionär begreifen muss, der durch intellektuelle Arbeit und sinnliche Erfahrungen zu der Erkenntnis kommt, diese Gesellschaft kann und soll verändert werden.«³⁷ Als Dutschke diese Worte 1967 bei einem *Spiegel*-Interview zu Protokoll gab, sprach er mit der lapidaren Verbindung von »können« und »sollen« ein entscheidendes moralphilosophisches Problem an. Es ist grundlegend, die Differenz zwischen der Feststellung, dass diese Gesellschaft verändert werden kann und der Aufforderung, dass sie verändert werden soll, zu beachten. Dutschkes Anspruch auf eine grundlegende Veränderung hat eine epistemische und eine normative Dimension; er beruht auf der Verbindung von Einsicht und Empörung. Es ist keine bloße terminologische Spitzfindigkeit, sondern politisch wichtig, die Suche nach Wahrheit, nach Aufklärung bestimmter Sachverhalte zu unterscheiden von der Empörung über das, was man bei dieser Suche findet. Nur durch die Verbindung der Erkenntnisse mit moralischer Sensibilität kommt man zu der Überzeugung, dass diese Gesellschaft verändert werden soll. Die Empörung über bestimmte Sachverhalte hat die Kenntnis der Sachverhalte zur Voraussetzung, zieht sie aber nicht notwendig nach sich, denn aus dem Wissen darum, was der Fall ist, folgt kein Wissen darum, was von diesem Fall zu halten ist, bzw. was der Fall sein sollte. Es gibt keine Kausalität zwischen Einsicht und Empörung, auch das zeigt der 2. Juni 1967. Zwar gibt es einen Zusammenhang zwischen der verweigerten Einsicht durch Kurras, die Springer-Presse oder auch den zuständigen Untersuchungsausschuss und der entsprechend fehlenden Empörung, aber im Prinzip lagen zentrale, empörende Informationen schon damals offen genug zu Tage. Wer wollte, konnte sich aus *FAZ*, *Spiegel*, *Zeit* und *Stern* die nötige Einsicht verschaffen. Dennoch kam nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Bevölkerung durch diese Einsicht zu der Erkenntnis, diese Gesellschaft kann und soll verändert werden. Nur wenige haben sich derart empört.

37. Rudi Dutschke, in: *Der Spiegel* Vol. 29/1967, S. 29.

Empörung steht für die Verbindung von emotionalen und moralisch-wertenden Reaktionen auf Sachverhalte und ich denke, dass auch heute noch eine politische Bewegung ohne Empörung nicht zu machen ist. Während die Relevanz von Einsicht, auch des Wertes, sich um bessere Einsicht zu bemühen, für jede Form politischen Engagements wohl unstrittig ist, habe ich mit der Empörung einen anstößigeren Begriff gewählt. Schon Marx und Engels haben in der *Deutschen Ideologie* das Selbstgerechte und Fruchtbare der Empörung in ihrer Kritik an Max Stirner betont. »Die Einheit von Sentimentalität und Renommage ist die *Empörung*. In ihrer Richtung nach Außen, gegen Andre, ist sie Renommage; in ihrer Richtung nach innen, als Knurren-in-sich, ist sie Sentimentalität. Sie ist der spezifische Ausdruck des ohnmächtigen Widerwillens des Philisters.«³⁸ In der Tat dient die Empörung auch der moralischen Selbstbespiegelung eines Menschen, der sich selbst als gut fühlen und ansehen will. Es ist jedoch nicht immer billig und ohne Folgen, sich zu empören. Außerdem fügt die Empörung, die emotionale Reaktion, der Einsicht und dem moralischen Urteil die Motivation zur tatsächlichen Handlung hinzu. Wenn man sich nicht auf den selbstständig unaufhaltsamen Lauf der Geschichte verlassen will und bis auf weiteres »trotzlos in das Jahr fünftausend stiert«,³⁹ dann ist die Frage nach der Handlungsmotivation von zentraler Bedeutung. Auch Marx war sich trotz der Kritik des Empörungsbegriffs bei Stirner durchaus darüber im Klaren, dass die Zukunft letztlich immer von den konkreten Handlungen der Menschen abhängt, nichts geschieht von selbst. Die Gefahr, sich demgegenüber ganz auf die Wahrheit und Notwendigkeit der Einsichten einer politischen Welterklärung zu verlassen, hat neben vielen anderen besonders der Dichter Erich Mühsam erkannt:

»Die notwendige Wirkung einer solchen Einschätzung der Bewegungskräfte der Menschheit war – je fester der Marxismus sich als anerkannte Doktrin bei den Sozialisten der verschiedenen autoritären Richtungen einnistete,

38. Karl Marx, Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie* (1845/46), in: MEW, Vol. 3, S. 281.

39. Bertold Brecht: »Die Ballade vom angenehmen Leben«, in ders.: *Die Dreigroschenoper* (1928), Frankfurt am Main 1968, S. 60.

umso unvermeidlicher –, dass die natürlichen Empfindungen der Leidenschaft, ohne deren ungehemmte Ursprünglichkeit nie ein Kampf gelingen kann, von einem verheerenden Wissenschaftsdünkel umnachtet wurden. Dem Proletariat fro Herz und Galle ein.«⁴⁰

Die moderne westlich-kapitalistische Welt bleibt weit hinter ihren Möglichkeiten, selbst hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück, und das ist kein Zufall. Die Akteure der Protestbewegung sind aufgewachsen in der Zeit des ausklingenden Wirtschaftswunders, so dass für diese Generation »die Glücksversprechen des Marktes, der Werbung und des Konsums zunächst ebenso real waren wie das in den Schulen, in der seriösen Presse und den Sonntagsreden verbreitete Pathos westlicher Demokratie.«⁴¹ Dabei vertraue ich dem Urteil von Wolf-Dieter Narr, dass die Heranwachsenden in der jungen, rheinischen Republik »trotz allem liberaldemokratisch sozialisiert« waren.⁴² Aus dieser Sozialisation ergab sich im Westen Deutschlands eine Protestkultur, die den liberalen, bürgerlichen Staat an seiner eigenen Ideologie misst. Die 68er gehören so zu einer Generation, die das Missverhältnis wahrnimmt, das zwischen dem potenziellen Reichtum, dem potenziellen Glück in einer modernen Gesellschaft und dem faktischen Leben besteht, das die große Mehrheit der Menschen darin führen. Die politische Motivation der protestierenden Studenten, Schüler und jungen Arbeiter bestand darin, das Selbstverständnis und Glücksversprechen des Westen ernst zu nehmen und die konkrete Realisierung von Demokratie und politischer Freiheit in den verschiedenen Bereichen privaten, gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens zu fordern. Sie waren sensibel für gesellschaftlich verursachtes Unrecht, gerade weil sie nicht in einer faschistischen Welt aufgewachsen sind, sondern mit der spürbaren Möglichkeit und dem expliziten Versprechen auf Freiheit und Glück. In dieser Fähigkeit, die Diskrepanz zwischen der formalen Behauptung und

40. Erich Mühsam: »Kunst und Proletariat (1930)«, in: Jürgen Schiewe, Hanne Maußner (Hg.): *Erich Mühsam. Trotz allem Mensch sein*, Stuttgart 1984, S. 80 f.

41. Karl Werner Brand: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1983, S. 55.

42. Wolf Dieter Narr: »Die Einbürgerung der Demokratie«, in: Michael Buckmiller, Joachim Perels (Hg.): *Opposition als Triebkraft der Demokratie*, 1998, S. 166.

der materiellen Realität menschengemäßer sozialer und kultureller Institutionen nicht nur zu erkennen, sondern auch zu empfinden, sehe ich den Kern der politischen Moral von Protestbewegungen und zugleich den Kristallisationspunkt ihrer aktuellen Relevanz.